

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen des ... Allgemeinen Landtags des Großherzogtums Oldenburg

Staat Oldenburg

Oldenburg, [O.], Landtag 7.1854 - 29.1904

8. Sitzung, 26.03.1904

[urn:nbn:de:gbv:45:1-151027](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-151027)

Bericht

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXVIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Achte Sitzung.

Oldenburg, den 26. März 1904, vormittags 10 Uhr.

- Tagesordnung:**
1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Beschwerde verschiedener Bewohner der Ortschaft Riekel in Sachen des Bahnbaus Lohne—Dinklage.
 2. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Dangaster Fischer, betreffend Absendung von Granat von der Haltestelle Dangastermoor.
 3. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung wegen Anlegung eines Güterbahnhofes in Bremen-Neustadt. (Anl. 29.)
 4. Bericht des Eisenbahnausschusses zur Vorlage der Staatsregierung, betreffend Verbesserung der Einfahrt des Fischereihafens in Nordenham. (Anl. 36.)
 5. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Bewilligung von Mitteln zum Bau einer schmalspurigen Eisenbahn vom Dorfe Wangerooge nach dem Osten der Insel, sowie über den Vertrag der Staatsregierung mit dem Norddeutschen Lloyd in Bremen wegen einer Verbindung zwischen dem Festlande und dem Dorfe Wangerooge über das Ostende der Insel während der Badezeit. (Anl. 25.)
 6. Bericht des Verwaltungsausschusses B über die Petition der Hasberger und Schohasberger Grundbesitzer um Abstellung der Verunreinigung der Delme durch die Delmenhorster Wollwäscherei.
 7. Bericht des Verwaltungsausschusses B über die Petition des Adv. Kerl in Delmenhorst, betreffend Anstellung auswärtiger Lehrer an den hiesigen Volksschulen durch die Schulachten.
 8. Mündliche Berichte der Mehr- und Minderheit des Verwaltungsausschusses B über den selbständigen Antrag des Abg. Frhrn. v. Hammerstein, betreffend Aenderung des Gesetzes vom 21. Juli 1868 über die Wahl der Abgeordneten zum Landtage.
 9. Bericht des Finanzausschusses über die vertrauliche Vorlage der Staatsregierung vom 22. Februar 1904.
 10. Bericht des Eisenbahnausschusses über die vertrauliche Vorlage der Staatsregierung vom 10. März 1904.

Vorsitzender: Präsident Karl Groß.

Am Regierungstisch: Minister Willich, Exc., Minister Ruhstrat I, Minister Ruhstrat II, Oberfinanzrat Wöbs, Geh. Ministerialrat von Finckh, Eisenbahndirektor Graepel, Geh. Oberbaurat Böhlk, Oberregierungsrat Gramberg, Oberregierungsrat Scheer, Finanzrat Stein.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Schriftführer Abg. Döhler das Protokoll der vorigen Sitzung. Das Protokoll wird genehmigt.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten; auf Verlesung der Berichte wird verzichtet.

I. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Beschwerde

verschiedener Bewohner der Ortschaft Niebel in Sachen des Bahnbaus Lohne—Dinlage.

Das Wort erhält

Berichterstatter Abg. **Dauen:** Er könne sich auf den Bericht beziehen. Die Petenten hätten den Instanzenzug nicht eingehalten. Die Petition sei ganz überflüssig und gehe den Landtag zunächst noch garnichts an.

Abg. **Meyer** (Delmenhorst): Die Petition müsse aus formellen Gründen abgelehnt werden. An der ganzen Sache scheine ihm der Bitterkasten wieder schuld zu sein. Die Interessenten seien garnicht dahinter gekommen, welche Linie gewählt werden solle. Er bitte die Eisenbahnverwaltung, die Interessen der kleinen Leute in der Gemeinde Lohne zu wahren und für eine entsprechende Entschädigung Sorge zu tragen.

Abg. **Wessels:** Der Vorredner sei im Irrtum, von einer Entschädigung könne noch garnicht die Rede sein, da die Linie noch garnicht festgesetzt sei.

Abg. **Schulte:** Zuerst sei eine andere Linie in Aussicht genommen gewesen. Der Plan sei nicht allein im Bitterkasten, sondern auch in der Wechtaer Zeitung bekannt gemacht. Die Petenten hätten die Einspruchsfrist verstreichen lassen, trotzdem sollten jedoch ihre Einwendungen noch berücksichtigt werden. In der nächsten Woche sei ein Termin dafür angesetzt.

Die Beratung wird geschlossen; der Antrag des Ausschusses:

Uebergang zur Tagesordnung, wird angenommen.

II. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Dangaster Fischer, betreffend Absendung von Granat von der Haltestelle Dangastermoor.

Das Wort erhält

Berichterstatter Abg. **Duden:** Wie aus dem Bericht hervorgehe, hätten die Petenten schon wiederholt diese Bitte an die zuständige Behörde gerichtet. Die Bedrängnis der Leute bestehe darin, daß sie ihren Fang nicht schnell genug versenden könnten. Die Eisenbahnverwaltung sei den Petenten, die zu den ärmsten Klassen gehörten, schon dadurch entgegen gekommen, daß sie die Granat als Eilgut zu gewöhnlichen Frachtsätzen versende. Dadurch, daß die Fischer ihren Fang ganz nach Barel bringen müßten, verlören sie fast einen ganzen Tag, wobei die frische Ware leicht verderbe, was erhebliche Verluste zur Folge habe. Dangastermoor sei 3—4 km von Barel entfernt; es sei deshalb bereits viel gewonnen, wenn die Ware von Dangastermoor versandt werden könne. Die Petenten hätten gebeten, daß der Zug nur zum Auf- und Absetzen der Körbe halte, wie für die Milchhändler. Aber die Eisenbahnverwaltung habe erklärt, daß dies eine Zeit von 3—4 Minuten in Anspruch nehmen werde. Das sei bei einem Schnellzug oder auch sonstigem Personenzug natürlich nicht gleichgiltig. Vielleicht ließe sich aber doch noch ein Weg finden.

Abg. **Wilken:** Es freue ihn, daß der Ausschuss die Petition so wohlwollend behandelt habe. Die Fischer

wohnten zum größten Teile am Strande in Dangast und hätten einen Weg von 7—8 Kilometer nach Barel. Dangastermoor liege etwa in der Mitte des Weges. Wenn sie die Granat von Dangastermoor versenden könnten, würden die Leute jeden Tag einen kleinen Gewinn machen dadurch, daß sie das Fuhrwerk für den Weg von Dangastermoor nach Barel sparten. In der vorigen Versammlung des Landtags hätte man eine Petition der Fischer an der Küste um Anschaffung von neuen Fanggeräten abschlägig bescheiden müssen, weil für solche Zwecke keine Mittel vorhanden seien. Nun biete sich eine Gelegenheit, den Leuten auf eine andere Weise zu Hülfe zu kommen. Er verkenne nicht die verkehrstechnischen Schwierigkeiten, aber vielleicht fände die Regierung bei eingehender Prüfung doch, daß es möglich sei.

Geh. Oberbaurat **Böhlt:** Mit dem guten Willen sei es hier nicht getan. Den Petenten liege vor allem daran, daß sie den Mittagzug zur Versendung der Granat benutzen könnten. Aber gerade bei dem sei der Anschluß in Bremen sowieso schon äußerst knapp. Aber es sei ja möglich, daß sich bei der nächsten Prüfung ein Weg finden lasse.

Die Beratung wird geschlossen. Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Petition der Staatsregierung zur tunlichsten Berücksichtigung überweisen, wird angenommen.

III. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung wegen Anlegung eines Güter-Bahnhofs in Bremen-Neustadt. (Anl. 29.)

Das Wort erhält

Berichterstatter Abg. **Schulte:** Die Anlage des Bahnhofes werde voraussichtlich von größtem Einfluß auf den Güterverkehr in Bremen-Neustadt sein. Der Ausschuss hoffe, daß dadurch die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung gehoben würden. Die Bevölkerung von Bremen-Neustadt habe sich in den letzten Jahren stark vermehrt, und es stehe zu hoffen, daß sie sich weiter vermehre. In gleicher Weise habe sich Handel und Industrie daselbst entwickelt. Der Eisenbahnausschuss habe sich selbst an Ort und Stelle begeben und sich überzeugt, daß, wenn der Bahnhof überhaupt erweitert werden solle, jetzt der gegebene Augenblick gekommen sei. Das zum Bau nötige Terrain sei noch nicht bebaut; man könne es jetzt verhältnismäßig billig erwerben, später werde der Ankauf schwerere Kosten verursachen.

Ganz besondere Vorteile habe aber auch Bremen von dem Bahnhof. Es sei deshalb angemessen, daß der Staat Bremen sich auf irgend eine Weise finanziell an dem Bau beteilige. Hierauf wolle der Ausschuss die Staatsregierung noch ausdrücklich hinweisen.

Die Beratung wird geschlossen. Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle zur Anlegung eines Güterbahnhofes in Bremen-Neustadt bei den Ausgaben des Eisenbahnbaufonds für die laufende Finanzperiode unter neuer Nummer

für 1904 500 000 M.,
für 1905 200 000 M.,

nachbewilligen,
wird angenommen.

IV. Bericht des Eisenbahnausschusses zur Vorlage der Staatsregierung, betreffend Verbesserung der Einfahrt des Fischereihafens in Nordenham. (Anl. 36.)

Das Wort erhält

Berichterstatter Abg. **Franzsen**: Obgleich die Kosten der geplanten Bauten nicht unbedeutend seien, sei der Ausschuss doch für die Vorlage gewesen, da alles was möglich sei, geschehen müsse, um den herrschenden Uebelständen abzuweichen. Die Fischereigesellschaft seit bereit, die Werke mit bestimmten Lasten zu übernehmen.

Die Beratung wird geschlossen. Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle unter der Bedingung, daß die Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ die angegebenen jährlichen Leistungen übernimmt, zur Verbesserung der Einfahrt des Fischereihafens in Nordenham 95 000 *M.* zu Lasten des Baufonds bewilligen, wird angenommen.

V. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Bewilligung von Mitteln zum Bau einer schmalspurigen Eisenbahn vom Dorfe Wangerooge nach dem Osten der Insel, sowie über den Vertrag der Staatsregierung mit dem Norddeutschen Lloyd in Bremen wegen einer Verbindung zwischen dem Festlande und dem Dorfe Wangerooge über das Ostende der Insel während der Badezeit. (Anl. 25.)

Beide Anträge des Ausschusses werden zur Beratung gestellt.

Das Wort erhält

Berichterstatter Abg. **Juden**: Im Bericht befinde sich ein Schreibfehler; es müsse unter 1a heißen: „... in Bedarfsfällen muß“ nicht „... hat.“ Er werde ein berechtigtes Exemplar einreichen. Es handle sich um die Anlage von werbendem Kapital. Die neue Verbindung werde ungemein viel zur Hebung der Insel beitragen. Die Tour über Carolinensiel sei ungemein lang; jetzt werde man über Wilhelmshaven, das in 9 Minuten von Sande zu erreichen sei, rascher und angenehmer nach Wangerooge kommen können.

Noch einige allgemeine Worte über das Seebad wolle er hinzufügen. Auf Wangerooge harre der Kultur noch viel Arbeit. Einiges sei schon getan, um den vielen kleinen Leuten dort zu helfen. Früher hätten sie alles vom Lande kommen lassen müssen; in einigen Jahren habe man gegen 100 Fuder Heu kommen lassen müssen. Jetzt sei man, wie er von den Leuten gehört habe, so weit, daß man keinen Halm Heu mehr im Festlande kaufen brauche.

Einen Wunsch möchte er noch aussprechen, nämlich den, daß der Besuch der Insel mit der Zeit auch den unbestimmtesten Klassen möglich gemacht werde.

Abg. **Gerdes**: Die geplante neue Verbindung bedeute nicht eine Verkehrshebung, sondern eine Verkehrsverschiebung, und zwar um eine Verschiebung zu Gunsten des Bremer Lloyds. In welchem Maß das der Fall sein werde, hänge davon ab, was die Regierung in Harle unterlasse, und der Lloyd im Osten der Insel tue. Der Lloyd erscheine nicht als Helfer in der Not, sondern als ein nicht zu unter-

schätzender Konkurrent. Der Lloyd werde bei seiner Erfahrung im Passagierverkehr seine Verbindung dem Publikum so angenehm machen wie möglich, während in Harle vieles nicht so sei wie es sein sollte. Man habe umgekehrt verfahren sollen; erst den Weg über Harle verbessern und einen neuen Dampfer bewilligen und dann an eine neue Verbindung im Osten denken sollen. Der Lloyd werde alles Mögliche tun, um den Verkehr über Bremen zu heben, in Harle werde alles beim Alten bleiben. Die Folge sei, daß, wenn im nächsten Jahre die Vorlage betr. eines neuen Dampfers wiederkäme, man diese ablehnen werde, weil eine Ueberfüllung nicht werde nachgewiesen werden können. Es werde nicht lange dauern, dann sei aller Verkehr über Harle weg. Und dazu, daß er dieser Verbindung langsam die Lebensader abschneide, wolle man dem Lloyd noch 79 000 *M.* geben? Mit einer neuen Verbindung habe es durchaus keine so große Eile gehabt, die über Harle habe völlig genügt. Die Insel könne zur Zeit gar nicht mehr als 7 bis 800 Personen auf einmal fassen. Man müsse doch auch bedenken, daß der Staat in der Strecke Jever—Carolinensiel einige Millionen Kapital stecken habe. Redner fragt sodann an, ob die Bilette für beide Strecken gültig seien.

Geh. Oberbaurat **Böhlk**: Er glaube nicht, daß der Verkehr über Harle abnehmen werde. Vorausgesetzt, daß man die nötigen Verbesserungen einführe, werde der Verkehr über Harle jedenfalls auch noch wachsen. Die Sache sei eilig, da der Lloyd vorgehen wolle. Jetzt könne die Insel den Verkehr vielleicht noch nicht fassen, infolge der neuen Verbindung werde jedoch die Baulust geweckt werden. Die Staatsregierung habe die Angelegenheit sehr sorgfältig geprüft; die Besorgnis, daß sich die Sache zu unseren Ungunsten entwickeln werde, sei unbegründet.

Abg. **Mhlhorn** (Osternburg): Er könne die Bedenken der Abg. Gerdes nicht teilen. Eine gute Verbindung mit dem Festlande sei eine Lebensfrage für Wangerooge, sonst werde es zurückgehen. Das reisende Publikum sei anspruchsvoll geworden, wenn Störungen vorkämen, so sage es gleich: „da gehen wir in unserem Leben nicht mehr hin“. Und derartige Störungen kämen häufig vor, und nicht ganz ohne Schuld der Eisenbahnverwaltung. Er wolle nachher hierauf noch zurückkommen.

Die Befürchtung, daß durch die neue Verbindung der Verkehr über Harle abnehmen werde, teile er nicht ganz. Die Badegäste würden es halten, wie bisher, einmal würden sie die Tour zur See, einmal die zu Lande machen. Frauen und Kinder würden immer lieber über Harle fahren. Die Männer seien tollkühner, die zögen meist die Seefahrt vor. Das Mehr des Verkehrs werde wohl der neuen Verbindung zufallen, ein Teil desselben werde aber uns bleiben. Bei einer besseren Verbindung werde Wangerooge sich jedenfalls heben. Es habe viel vor anderen Inseln voraus; besonders günstig sei die Lage in der Nähe des Fährhafens. Die Binnenländer könnten sich am Anblick des Seeverkehrs nicht genug weiden.

Auf eines wolle er noch aufmerksam machen: man solle die Befestigungen der Insel nicht vergessen. Schon damals vor einigen Jahren habe der Landtag 30 000 *M.* mehr bewilligt, als die Regierung gefordert habe. Jetzt zeige es sich, daß

auch die vorhandenen Befestigungen noch nicht genügend seien. Gerade am Ende der gebauten Mauer fange es an abzubrechen. Wenn das Wasser hier durchbreche, sei die ganze neue Deichanlage in Gefahr.

Wie sehr man in Wangerooge auf die Steigerung des Verkehrs rechne, zeige der Umstand, daß man in diesem Winter allein 72 Logierzimmer mehr gebaut habe. Man müsse auch nicht vergessen, daß die Bodenkreditanstalt dort sehr viel Kapitalien stecken habe. Zudem brächten die Bauplätze viel ein. Für ein Grundstück zu einem Hotelbau habe man 40 000 *M.* bekommen.

Ein Uebelstand sei es, daß die Transportmittel dem Verkehr in der Hochsaison nicht gewachsen seien. Am Schluß der Ferien sei es ungemütlich; die Züge seien gestopft voll; die Hälfte der Passagiere müßte manchmal zurückbleiben. Die Art und Weise der Beförderung lasse in der Hochsaison sehr zu wünschen übrig. Er habe selbst ein Mitglied der Staatsregierung gesehen, das mit einem Postboten zusammen auf einem Niederbordwagen abgefahren sei; die Bescheidenheit des Herrn habe ihn sehr erfreut. Tagtäglich habe er nach dem schönen Wagen Ausschau gehalten, den sie im vorigen Landtag bewilligt hätten, der sei aber nicht da gewesen und auch nicht gekommen.

Am 1. August sei er von Wangerooge im vorigen Jahre abgereist; die Tour werde er nie vergessen. Um Mittag seien sie aus Wangerooge gefahren. Bis $\frac{1}{2}$ 2 sei das Wetter gut gewesen, aber dann sei, gerade als sie auf dem Anleger ausgefetzt geworden seien, ein Unwetter losgebrochen, dem sie schutzlos preisgegeben gewesen seien, da der Zug zurückgefahren sei, um die andern Passagiere zu holen, die nicht mitgekommen waren. Schließlich hätten sie Schutz auf dem „Lachs“, der dort gelegen habe, gefunden. Nach $1\frac{1}{2}$ Stunden sei der Dampfer dann schließlich abgefahren. Diese Geschichte sei durch ganz Deutschland gegangen und habe den Ruf unserer Eisenbahnverwaltung nicht gerade verbessert. Wäre der neubewilligte Eisenbahnwagen bereits dagewesen, hätte so etwas nicht passieren können. Der Wagen sei rechtzeitig bewilligt worden, man hätte auch für seine rechtzeitige Beschaffung sorgen sollen.

Oberregierungsrat **Gracvel**: Er sei mit dem Interesse des Abg. Ahlhorn an der Hebung Wangeroooges und an dem guten Ruf unserer Verkehrsanstalten einverstanden. Aber er bezweifle, ob er damit, daß er dies Vorkommnis zum Gegenstand der öffentlichen Erörterung mache, diesen Zwecken diene. Dieses böse Wetter habe überall Betriebserschwerungen bewirkt, die allgemein unangenehm empfunden seien, zumal sie mit dem Hauptverkehr zusammengetroffen seien. Bei uns sei es nicht schlechter gegangen, als anderswo. Daß der bewilligte Wagen nicht rechtzeitig zur Stelle gewesen, bedaure er. Die Hinsendung sei aber um eine Woche verzögert, weil es wegen des anhaltenden schlechten Wetters nicht möglich gewesen sei, ein Schiff zum Transport aufzutreiben.

Abg. **Wessels**: Da der Lloyd über so große Mittel verfüge, müsse man seinen Anschluß an Wangerooge mit Freuden begrüßen. Der Lloyd könne auch andere Inseln aufsuchen und dadurch den ganzen Fremdenstrom auf eine

Berichte. XXVIII. Landtag, 2. Versammlung.

andere Insel leiten. Er meine auch, daß die Regierung gesagt habe, der Lloyd habe dies bei den Verhandlungen angedeutet.

Minister **Willich**, Exc.: Auch er freue sich über das rege Interesse des Abg. Ahlhorn an Wangerooge und dessen Gedeihen. Was der Abg. Ahlhorn über die Befestigungen der Insel gesagt habe, sei im wesentlichen richtig. Aber es könnte aus dessen Ausführungen der Schluß gezogen werden, daß die Insel ernstlich gefährdet sei und nicht alles zu ihrer Sicherung getan werde. Die Befestigung an der von dem Abg. Ahlhorn erwähnten Stelle sei bereits wiederholt geprüft worden, aber man habe angesichts der enormen Kosten bisher davon absehen müssen, ein größeres Werk in Angriff zu nehmen, indessen seien genügende Vorrichtungen getroffen und eingeleitet, um einen Durchbruch zu verhindern; man habe die Dünen dahinter erhöht und die Dünentäler ausgefüllt, sodaß ein Durchbruch so leicht nicht zu befürchten sei. Gleichzeitig habe man weitere Maßregeln in Aussicht genommen und sich dabei der Mitwirkung der Marine, die daran sehr interessiert sei, versichert. In diesem Winter sei mit dem Bau einer Buhne begonnen, die die fragliche Stelle schützen solle. Er hoffe, daß auch im nächsten Reichsetat Mittel zu weiterer Befestigung zur Verfügung gestellt würden.

Abg. **Ahlhorn** (Osternburg): Die letzte Mitteilung des Ministers sei sehr erfreulich. Seine (des Redners) Befürchtungen seien jedoch nicht so unzutreffend. Die Befestigungen, die man hinter dem Strandschlößchen angelegt habe, würde bei einer Sturmflut mit einer Tiede verschwinden; darüber seien sich alle Inselaner einig. Eine Buhne allerdings werde die Gewalt des Wassers wesentlich abschwächen. Er sei mit den Äußerungen des Ministers einigermaßen zufrieden.

Der Eisenbahndirektor meine, er hätte die Mängel der Verkehrsverhältnisse unserer Bahn auf Wangerooge durch die heutigen Verhandlungen weiter verbreitet und dadurch dem Bade keinen Vorteil getan. Das sei nicht der Fall. Während seines Aufenthaltes in Wangerooge habe in der Provinz-Zeitung ein Artikel gestanden, in dem die Wangeroooger Zustände sachlich geschildert worden seien. Dieser Artikel sei auch in die hiesigen Lokalblätter übergegangen und dadurch weiteren Kreisen bekannt geworden. Daß dieselbe Kalamität auch auf anderen Inseln geherrscht habe, glaube er wohl. Aber die Passagiere wären noch bei gutem Wetter mit dem Dampfer nach der Wesermündung gekommen, wenn die Eisenbahn rascher befördert hätte.

Abg. **Meyer** (Delmenhorst) will einen Wunsch der Schierbroker wegen des Haltens eines Zuges zur Sprache bringen, wird jedoch vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß dies nicht zur Sache gehöre.

Abg. **Gerdes**: Er sei nicht gegen die Vorlage, weil er gegen die Entwicklung Wangeroooges sei, sondern er wolle den Verkehr über das eigene Land leiten. Der Abg. Ahlhorn habe auf den drohenden Durchbruch am Ende der Mauer hingewiesen; er wolle darauf aufmerksam machen, daß, wenn es hier durchbreche, auch die Bahn im Osten gefährdet werde. Er müsse es noch einmal wiederholen:



zuerst hätte man die Verbindung über Harle verbessern sollen.

Geh. Oberbaurat **Böhlk**: Auch der Verkehr über Harle werde wachsen, wenn auch nicht so, wie der mit dem Lloyd. Wenn man auf die Vorschläge des Lloyd jetzt nicht eingegangen wäre, hätte der Lloyd seine Fahrten möglicherweise nach Spiekerooog und Wangerooog eingerichtet und dadurch Wangerooog Verkehr entziehen können. Viele Badegäste werde die Abneigung gegen eine Seefahrt bewegen, den Weg über Harle zu nehmen. Auch Scheveningen und ähnlich gelegene Bäder seien zum Teil deshalb so frequentiert, weil sie zu Lande erreicht werden könnten.

Abg. **Schwarting** will nicht zur Vorlage sprechen, sondern nur darauf hinweisen, daß die Oldenburger für die Fahrt 2 *M.* mehr zahlen müßten als die, die von auswärts kommen.

Abg. **Schulte**: Die ganze Angelegenheit habe den Ausschuß sehr beschäftigt. Der Lloyd verfüge über große Kapitalien und über gute Schiffe. Die Reklame des Lloyd werde auch der Insel zu Gute kommen. Der Ausschuß sei schließlich zu der Ueberzeugung gekommen, man dürfe den Vorschlag des Lloyd nicht zurückweisen, wenn vielleicht auch die Einnahmen der Bahn über Harle abnehmen würden.

Abg. **Ahlhorn** (Osternburg): Der Fahrpreis nach Wangerooog sei nicht hoch, wenn man ein Saison-Billet nehme. Reichlich viel koste es allerdings, wenn man ein einmaliges Billet von Carolinensiel aus nehme. Er habe einen Herrn getroffen, der habe ihm triumphierend ein Insulanerbillet zu 1 *M.* 50 *g* gezeigt und dazu gesagt, die anderen Billets seien nur für die Dummen.

Redner hebt hervor, daß die Angelegenheiten des Bades durch den neuen Badekommissar gut verwaltet würden, vieles sei besser geworden. Er möchte anfragen, ob nicht auch die Trinkgelderfrage auf der Insel geregelt werden könne.

Abg. **Gerdes** fragt an, ob es nicht möglich sei, daß die Billete von Bremen an für beide Strecken Gültigkeit haben. Nach § 4 des Vertrages sei das nur, wenn er sich recht entsinne, von Wilhelmshaven aus der Fall.

Oberreg.-Rat **Gracpel**: Der Vertrag mit dem Lloyd handle hiervon überhaupt nicht; es sei in § 4 nur das Oldenburg zufallende Brückengeld festgesetzt. Uebrigens bestehe eine wahlweise Gültigkeit der Fahrkarten.

Abg. **Gerdes** (der den Vorredner nicht verstanden hat) wiederholt seine Anfrage, ob eine wahlweise Gültigkeit der Karten nicht möglich sei.

Oberreg.-Rat **Gracpel** erwidert, daß das ja der Fall sei.

Die Beratung wird geschlossen. Das Schlußwort erhält der

Berichterstatter Abg. **Duden**: Was der Abg. Ahlhorn über die Befestigungen der Insel gesagt habe, sei sehr wichtig. Zum Schutz der Bahn solle man Buhnen bauen.

Man solle später bei Forderungen für die Harler Strecke nicht sagen: „Ihr habt die Inselbahn bewilligt, jetzt müßt Ihr auch den neuen Dampfer bewilligen: wer A sagt,

muß auch B sagen.“ Der neue Dampfer werde bewilligt werden, wenn seine Notwendigkeit durch gesteigerten Verkehr nachgewiesen werde. Daß der Verkehr über Harle zurückgehen werde, glaube er nicht. Die neue Linie werde in Wangerooog einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung hervorrufen, der werde auch dem Verkehr über Harle zu Gute kommen.

Sie wollten einzig Wangerooog heben, und hätten den Vertrag mit dem Lloyd nicht um dessen schöner Augen willen geschlossen. Der Lloyd trage die Kosten des Anlegers, die 30 000 *M.* betrügen. Der ursprüngliche Vertrag sei dahin modifiziert, daß der Regierung jeder Zeit das Recht zustehe, den Anleger zum jeweiligen Wert zu übernehmen. Das werde kein schlechtes Geschäft sein.

Wenn er vorhin gesagt habe, man möge auch Unbemittelten den Besuch des Bades ermöglichen, so habe er vor allem eine Erweiterung des Seehospizes im Auge gehabt.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle:

1. dem vorerwähnten Vertrage mit folgenden Zusätzen seine Zustimmung erteilen:
 - a. in Bedarfsfällen muß der Dampfer Brake anlaufen,
 - b. die Staatsregierung ist jederzeit in der Lage, die Anlagen zum zeitigen Werte zu übernehmen;
2. die Mittel für den Bau einer schmalspurigen Eisenbahn vom Dorfe Wangerooog nach dem Osten der Insel und für die Beschaffung der dafür erforderlichen Betriebsmittel zum Gesamtbetrage von 97 000 *M.* bewilligen, sowie sich damit einverstanden erklären, daß dieser Aufwand unter die Ausgaben des Voranschlags des Eisenbahn-Baufonds für die laufende Finanzperiode auf das Jahr 1904 mit einem neuen §. 11a zwischen die §§. 11 und 12 eingeschaltet werde,

wird angenommen.

VI. Bericht des Verwaltungsausschusses B über die Petition der Hasberger und Schohasberger Grundbesitzer um Abstellung der Verunreinigung der Delme durch die Delmenhorster Wollwäscherei.

Das Wort erhält der Berichterstatter der Minderheit

Abg. **Layendäcker**: Die Petition habe schon der vorigen Versammlung vorgelegen; man habe sie damals zur Tagesordnung befördert. Jetzt sei jedoch ein neues Moment durch die Frage der Wiesenbewässerung hinzugekommen; er bitte, seinen Antrag anzunehmen.

Berichterstatter Abg. **Seitmann** befürwortet die Annahme des Mehrheitsantrages, da ein neues Moment nicht vorliege.

Zur Abstimmung gelangt zunächst der Antrag der Mehrheit:

Der Landtag wolle die Petition auf Grund des §. 91 der Geschäftsordnung von der Behandlung ausschließen,

derselbe wird angenommen; damit ist der Antrag der Minderheit gefallen.

VII. Bericht des Verwaltungsausschusses B über die Petition des **Uw. Kerrl** in **Delmenhorst**, betr. Anstellung auswärtiger Lehrer an den hiesigen Volksschulen durch die Schulächten.

Beide Anträge werden zur Beratung gestellt.

Das Wort erhält:

Berichterstatter **Abg. Koch**: Die Petenten seien zu ihrer Petition durch den Umstand gekommen, daß die örtliche Behörde es abgelehnt habe, eine neue Schule im Osten der Stadt zu errichten. Die örtliche Behörde sei dazu gekommen, weil sie mit einer neuen Schule im Süden der Stadt, für die sie nicht genügend Lehrkräfte habe bekommen können, schlechte Erfahrungen gemacht habe. Man habe Anträge auf Zuweisung neuer Lehrkräfte wiederholt abgeschlagen. Er nehme an, daß die Stadt Delmenhorst nicht besonders schlecht behandelt werde; die Verhältnisse seien typisch; man könne keine weiteren Klassen einrichten, weil es an den erforderlichen Lehrkräften fehle. Die bestehenden Klassen würden zum Teil „geschleppt“, d. h., es würden mehrere Klassen von einer geringeren Anzahl von Lehrern unterrichtet. Man habe sich darüber beschwert, aber Abhilfe könne nicht erfolgen.

Die Regierung habe erklärt: die Durchschnittszahl der in einer Klasse befindlichen Schüler betrage 65. Das sei vielleicht noch eine ganz erträgliche Zahl. Aber diese Durchschnittszahl gebe kein richtiges Bild. Besonders in den unteren Klassen sei die Zahl viel größer. 91, 83, 84 Kinder sei die Regel; in Deichhorst seien es sogar 104. Ja, wenn diese Klasse noch durch reife Lehrkräfte unterrichtet würden, dann möchte der Uebelstand noch etwas geringer erscheinen. Aber meist unterrichteten Lehrerinnen in diesen Klassen. Sie hätten tüchtige Lehrerinnen, aber häufig seien es auch junge Damen, die vom Bremer Seminar kämen, sich für den Bremischen Schuldienst vornotieren ließen und nur bis zum Freiwerden einer Stelle in Bremen, also oft nur ein halbes oder ein Jahr in Delmenhorst verblieben. Hier machten sie gewissermaßen nur ihre Lehrzeit durch. Das seien nicht die richtigen Kräfte für Klassen mit 100 Schülern.

Er wünsche, daß man endlich einmal zu Verhältnissen käme, wie sie sie wollten. Die Regierung solle doch einmal energisch vorgehen und sich nicht immer treiben lassen. Anderswo sträubten sich die Schulächten Lehrer anzustellen, hier sei es umgekehrt. Die Schulächten seien bereit, die Kosten zu tragen, aber die Regierung lehne die Anträge auf Anstellung von neuen Lehrkräften ab, da sie zu wenig Lehrer ausbilde. Es sei wenig wünschenswert, wenn man auswärtige Lehrer heranziehe; deshalb könne man den Petenten nicht ohne weiteres beistimmen. Aber das Interesse der Schule erheische dringend Maßnahmen, um dem Lehrermangel abzuhelpen. Die geforderte Statistik werde dafür die Grundlage abgeben.

Abg. Ahlhorn (Osternburg): Er könne zu der An- gelegenheit auch nicht schweigen. Die Staatsregierung er- tenne einen Lehrermangel nicht an; das stehe mit den Tat-

sachen im Widerspruch. Seit Jahren klage man über Lehrermangel; Gesuche von Schulächten, Schulvorständen, Lokalschulinspektoren und Hauptlehrern liefen fortwährend ein und würden abschlägig beschieden. In Bant habe man 4 Lehrerinnen auf einmal gesucht, weil keine Lehrer zu haben waren. Schulächten bauten Schulen, um die Schul- wege zu kürzen, könnten aber keine Lehrer bekommen. Daß Klassen lange ohne Lehrer seien, sei durchaus keine Aus- nahme, an mehrklassigen Schulen schon fast zur Regel geworden. Wenn das geordnete Zustände seien, so wisse er nicht, was geordnet sei. Er könne der Regierung den Vorwurf, daß sie nicht richtig disponiere, nicht ersparen. Daß es den Schulvorständen wegen des auswärts herrschenden Lehrer- mangels nicht möglich wäre, auswärtige Lehrer zu be- kommen, müsse er bestreiten. Vor Jahren, als der Lehrer- mangel bereits fühlbar geworden, habe man Lehrer aus Bremen zurückgewiesen, weshalb wisse er nicht; die Bremer Lehrer wären für unsere Verhältnisse sehr geeignet gewesen. Die Regierung sage, sie wolle die auswärtigen Lehrkräfte im Interesse des Fortkommens der einheimischen nicht. Das habe auf den ersten Blick etwas sehr Bestechendes und zeuge von Wohlwollen. Aber warum schicke man denn die ein- heimischen Lehrer mit einem Gehalt von 700 *M.* aufs Land und stelle in den Städten und größeren Ortschaften Lehrer- innen mit 1000 *M.* an? Wenn es auch im allgemeinen nicht wünschenswert sei, und nicht im Interesse der ein- heimischen Lehrer liege, auswärtige Lehrer anzustellen, so müsse doch in erster Linie das Interesse der Schule maß- gebend sein; für ihn stehe das Interesse der Schule über dem Interesse der Lehrer. Er wisse, daß er sich damit vielleicht die bittersten Vorwürfe seiner Kollegen zuziehe, aber ihm ginge das Allgemeininteresse über die Sonderinteressen. Erst käme die Schule, dann die Lehrer. Schäden an den Kindern, hervorgerufen durch den Mangel an Lehrkräften, seien nicht mehr gut zu machen. Redner erklärt dann, daß er bei Ge- legenheit der letzten Seminarvorlage nicht der Führer des Ausschusses gewesen sei, wie es in der Presse geheißen habe, sondern die **Abg. Koch** und **Grape**, welcher als Gast im Ausschusse B gewesen sei, hätten sich von Anfang an gegen die Vorlage ausgesprochen, sie seien nachher aber zur größten Verwunderung der übrigen Mitglieder des Ausschusses ab- gefallen. Dies wolle er nur nebenbei zu seiner eigenen und zur Ehre der übrigen Mitglieder des Ausschusses konstatieren.

Auf eins wolle er noch aufmerksam machen, was drin- gend einer Aenderung bedürfe, nämlich den Revers. Man solle ihn entweder ganz aufheben oder die Verpflichtungs- zeit kürzen. Er habe immer die Berechtigung des Reverses nach der Gesetzgebung bezweifelt. Seine Ansicht sei in- zwischen durch die Rechtsprechung als richtig bestätigt; denn neuerdings habe das Oberlandesgericht Jena die Altenburger Schulbehörde mit einer Klage auf Erfüllung dieses Reverses kostenpflichtig abgewiesen. Die Seminaristen bänden sich durch den Revers für die Zeit vom 14. bis 30. Jahre, das ginge garnicht an, weil sie noch unmündig seien. Außerdem sei in Oldenburg die Verpflichtungszeit ungleich: im Münster- lande verlange man nur 3 Jahre, hier aber 10. Er könne es in seinem Gewissen nicht verantworten, unter diesen Um- ständen Kinder zum Seminar vorzubereiten. Wenn die Lehrer ihre eigenen Kinder ins Seminar schickten, so hätten

sie das ja mit sich selbst auszumachen; daß man fremde dazu bewege, sei unverantwortlich.

Uebrigens wolle er bei der Regierung noch anfragen, wozu sie denn Parallellklassen im Seminar einführen wolle, wenn man Lehrer genug habe.

Abg. **Koch** (zur Ber. e. tatf. Mißverst.): Es widerstrebe ihm, hier Sachen zum Gegenstand der Beratung zu machen, die jeder mit sich selbst auszumachen habe. Aber er sei von dem Abg. Ahlhorn dazu herausgefordert worden. Der Abg. Ahlhorn habe die Seminarvorlage im Ausschuß bekämpft und gesagt: „Es sei nur Neuerungs-sucht, sie wisse nicht, was sie wolle; die Zeichen- und Musiklehrer legten auf ihr Fach zu großes Gewicht“. Der Regierungskommissar habe damals nur kurz die Unzuträglichkeiten dargelegt. Dann habe man die Vertlichkeiten angesehen. Der Abg. Grape habe damals betont, daß der Umstand, daß vormittags nicht geübt werden könne, nicht allzuschwerwiegend sei. Er habe sich dann mit den übrigen Ausschußmitgliedern auf den Standpunkt gestellt, daß die Vorlage abzulehnen sei. Der Regierungskommissar habe daraufhin gebeten, nochmals gehört zu werden. Er und Grape seien in der Ausschußsitzung, wo dies geschah, nicht zugegen gewesen, aber der Abg. Ahlhorn habe ihnen nachträglich gesagt, es sei nichts von Erheblichkeit vorgebracht worden; wir hätten keine Veranlassung, unsere Stellung zu ändern. Er habe dann im Plenum seine Ansicht geändert, und zwar deshalb, weil der Abg. Grape, der seine wichtigste Autorität in diesen Fragen, die ihm (dem Redner) fremd seien, wäre, sich von den neuen Gesichtspunkten, die der Regierungskommissar hervorgehoben, überzeugen ließ.

Abg. **Ahlhorn** (Osternburg) (zur Ber. e. tatf. Mißverst.): Die Regierung habe im Plenum genau dasselbe gesagt, wie im Ausschuß. Er habe alles genau notiert.

Abg. **Grape**: Er müsse zunächst noch kurz auf die Vorgänge im Ausschuß zurückkommen. Er sei in der 1. Ausschußsitzung gegen die Vorlage gewesen, weil sie schlecht begründet gewesen sei. In der Sitzung des Landtags habe die Regierung dann ganz andere Ausführungen gemacht.

Der Lehrermangel sei eine alte Klage; er bestehe schon seit 20 Jahren. Sobald die Seminaristen im Frühjahr entlassen würden, würden sie sofort angestellt. Höchstens 1—3 blieben übrig, aber auch die fänden in wenigen Wochen Anstellung. Die Regierung arbeite gern mit Durchschnittsziffern, aber diese gäben kein richtiges Bild. Er wolle einige Zahlen aus dem Handbuch von Rust ausführen. In Schulen, deren Klassen durchschnittlich besetzt sind:

mit 10—19 Schülern sind	31	Kinder,
„ 20—29 „ „	183	„
„ 30—39 „ „	1819	„
„ 40—49 „ „	4835	„
„ 50—59 „ „	10423	„
„ 60—69 „ „	12957	„
„ 70—79 „ „	8009	„
„ 80—89 „ „	1616	„
„ 90—99 „ „	280	„

Im Durchschnitt kommen auf jeden Lehrer und jede Klasse 59 Schüler, über die Hälfte aller Schüler sei demnach in Klassen, deren Schülerzahl mehr als 60 beträgt.

Wenn nun auch in einer mehrklassigen Schule im Durchschnitt auf jede Klasse etwa 60 Kinder kämen, so könnten doch an dieser Schule noch überfüllte Klassen sein; in Deichhorst sei die Durchschnittszahl der Schüler für jede Klasse 70, aber in der unteren Klasse befänden sich 104 Kinder. Auch gäbe es in unserem Herzogtum noch viele einklassige Volksschulen, in denen ein Lehrer zwischen 80 und 100 Schüler unterrichten müsse und zwar 8 Jahrgänge. Das sei eine Aufgabe, die entschieden über die Kraft des Lehrers ginge. In welcher Weise diesen Uebelständen abzuhelpen sei, darauf wolle er heute nicht eingehen.

Die Art und Weise, wie man sich Lehrerinnen verschaffe, sei des Staates nicht würdig. Die Schulvorstände ließen die Stellen in den Zeitungen ausschreiben, zunächst würden 800 *M.* oder 900 *M.* Gehalt geboten und wenn dann keine Meldungen eingingen, erhöhe man das Gehalt auch wohl auf 1000 *M.*, das erinnere an einen kaufmännischen Handel. Warum setze sich das Oberschulkollegium nicht mit den Lehrerinnen-Seminaren direkt in Verbindung und sage: „So und soviel Lehrerinnen brauchen wir, wieviel stellen sich zur Verfügung?“ Dann könnte das Oberschulkollegium die Stellen besetzen und die Schulvorstände brauchten nicht mehr für einzelne Stellen Lehrerinnen zu suchen.

Der Umstand, daß man die Lehrerinnen besser besolde, sei geeignet, in den Lehrerkreisen große Erbitterung hervorzurufen und werde manchen abhalten, Lehrer zu werden. Dabei seien viele Lehrerinnen nur vorübergehend bei uns in Dienst. Namentlich an der Grenze in Delmenhorst benutzten die Lehrerinnen ihre hiesige Anstellung nur als Sprungbrett für Bremen. Sie ließen sich meist in Bremen vormerken; der Bremer Schulinspektor käme dann einmal herüber und besuche die Klasse, um die Lehrerin dann nach Bremen wegzueingagieren.

Er bedaure, daß die Staatsregierung sich auf die erste Anregung des Berichterstatters nicht von selbst über die Sachlage geäußert habe. Das Material sei leicht zu beschaffen, es ergebe sich aus den Listen, die die Lehrer halbjährlich am 15. Mai und 15. November zur Erhebung des Schulgeldes aufstellten.

Das Herüberziehen von Lehrern aus fremden Staaten sei allerdings ein Mittel zur Abhilfe. Aber wir müßten dann die nehmen, die auswärts nicht ankommen konnten. Das wolle man auch nicht gerne.

Regierungskommissar **v. Zinck**: Die Regierung habe gegen den ersten Antrag des Ausschusses nichts einzuwenden. Wenn der Abg. Grape sich wundere, daß die Regierung die Details über die Besetzung der Schulen mit Lehrern nicht gleich freiwillig hergegeben habe, so müsse er dem erwidern, daß die Petition garnicht davon handle. Die Petition handle von einer bestimmten verwaltungsrechtlichen Frage, nämlich der Anstellung auswärtiger Lehrer. Die Frage sei von ihm im Ausschuß beantwortet. Der Ausschuß könne ja über die Petition hinausgehen, soweit er wolle, aber er könne doch unmöglich verlangen, daß die Regierung alles Material bei der Hand habe, wenn vom Ausschuß andere Verhältnisse zur Sprache gebracht würden.

Er müsse sich darüber wundern, daß nach den von der Regierung hergegebenen Daten gewisse Sätze im Bericht stehen geblieben seien. Wenn es da heiße: „Der Ausschuß

sei von den Erklärungen der Regierung nicht befriedigt. Es sei ihm bekannt, daß dringende Anträge von evangelischen Schulächten um Zuweisung von Lehrkräften haben unberücksichtigt bleiben müssen. Es sei ihm ferner bekannt, daß seitens des ev. Oberschulkollegiums an die Schulvorstände die Weisung ergangen sei, im nächsten Sommer mit der Forderung von Lehrkräften zurückhaltend zu sein. Da diese Weisung im allgemeinen befolgt sein werde, könne nicht angenommen werden, daß ein klares Bild über den Bedarf an Lehrkräften bei der Regierung überhaupt vorhanden sei" — so enthalte das einen schweren Vorwurf für die Regierung. Die Regierung habe dem Ausschuß schriftlich mitgeteilt, wie es mit dem Lehrermangel bestellt sei. Am 1. Mai 1903 habe man 16 Lehrer über den Bedarf zur Verfügung gehabt. Da jedoch der Verbrauch an Lehrkräften ein ganz abnormer gewesen, bestehe augenblicklich ein Mangel um 12 Lehrer. Dieser Mangel sei dadurch entstanden, daß im Laufe des Jahres 27 Lehrer zum Militärdienst gegangen seien, während der Durchschnitt 15 betrage; ferner seien 12 Lehrer aus dem Dienst getreten, während sonst jährlich nur 6 durchschnittlich aus dem Dienst treten. Weiter habe die Regierung dem Ausschuß mitgeteilt, und ziffernmäßig nachgewiesen, daß der jetzt vorhandene Mangel bei normalen durchschnittlichen Verhältnissen — und mit dem Durchschnitt müsse man überall rechnen — im nächsten Jahre eingeholt werden könne. Im Jahre 1898 seien abgegangen vom Seminar 22, im Jahre 99: 24, im Jahre 1900: 23. Da diese Abiturienten nicht imstande waren, den Bedarf zu decken, habe man schon seit Jahren mehr Schüler ins Seminar aufgenommen. Infolgedessen hätte sich die Zahl der Abiturienten seit 1901 durchschnittlich um 10 in jedem Jahre vermehrt, nämlich es seien abgegangen im Jahre 1901: 34, 1902: 31, 1903: 36. Schon im vorigen Sommer hätte man infolge dieses Mehreintritts den Mangel decken können. Nach alledem könne man doch nicht behaupten, das Oberschulkollegium habe kein klares Bild von der Sachlage.

Ganz besonders ungünstig sei der bevorstehende Sommer. Die Zeit des Militärdienstes sei verschoben; früher sei er im Oktober angefangen, jetzt beginne er am 1. April. Wenn diese anormalen Verhältnisse aufgehört hätten, würden voraussichtlich alle Stellen besetzt werden können. Daß ein wirklicher dauernder Lehrermangel bestehe, könne die Regierung nicht zugeben.

Der Vorwurf, daß die Regierung in dieser Frage nicht selbst die Initiative ergreife, sei unbegründet. Man habe die Einrichtung von Parallelklassen erwogen, für den Fall, daß die Gutiner hierher kämen. Aber auch, wenn das nicht geschehe, werde erwogen, das Seminar zu erweitern, um noch mehr Lehrer ausbilden zu können. Deshalb habe man das Haus in der Georgstraße angekauft. Das sei doch ein Resultat. Es sei ungerechtfertigt, zu sagen, die Regierung wisse nicht, worum es sich handle.

Auf 2 Punkte, die der Abgeordnete Ahlhorn angeführt habe, müsse er noch zurückkommen, daß vor Jahren einmal Bremer Lehrer zurückgewiesen seien, davon sei ihm nichts bekannt. Ueber die Aenderung des Revers schwebten Verhandlungen, die noch nicht zum Abschluß gelangt seien.

Abg. **Seitmann**: Wie ein roter Faden ziehe sich die Frage durch die Beratung: „Wie kommen wir zu geord-

neten Schulverhältnissen?“ Wenn man das Material bedenke, das hier über den Lehrermangel vorgebracht sei, wenn man bedenke, daß das Oberschulkollegium die Lehrer anweise, durch entsprechende Veretzung der Kinder den Lehrermangel weniger fühlbar zu machen, wenn man ferner bedenke, wie das Oberschulkollegium auf Besuche der Schulächten um Ueberweisung von Lehrern meist antworte: „Wir haben keine Lehrer“ — und dann andererseits die Antwort der Regierung auf die Fragen des Landtags höre, dann müsse man den Kopf schütteln. Die Regierung habe angegeben, augenblicklich sei ein Mangel von 12 Lehrern. Mit Leichtigkeit jedoch könne man die doppelte Anzahl aufzählen. Nach allem müsse man zu der Ansicht kommen, daß das Oberschulkollegium schlecht unterrichtet ist. Es ließe vollständig außer Betracht, daß notwendige Schulbauten zurückgestellt werden müßten, weil die Schulen doch nicht mit Lehrern besetzt werden könnten, eben des Lehrermangels wegen. Man rechne nicht mit der Vermehrung der Bevölkerung, infolge derer sich auch die Schülerzahl vergrößere und mehr Lehrer nötig seien. Ganz offenkundig sei der Lehrermangel größer als die Regierung es annehme. Hier müßten energischere Maßnahmen als bisher getroffen werden.

Er empfehle den Antrag des Ausschusses anzunehmen, die von der Regierung herzugebende Statistik werde zeigen, wie groß der Lehrermangel sei.

Die große Schülerzahl in den einzelnen Klassen von über 80, ja über 100 Schüler, wie sie noch jetzt vorhanden sei, sei nicht aufrecht zu erhalten. Es sei unmöglich, in einer derart überfüllten Klasse mit Erfolg zu unterrichten. Höchstens 50 Kinder dürften in einer Klasse sein; lieber sei es ihm noch, wenn man auf 40 oder 30 zurückgehen könne.

Redner bemerkt dann noch, daß seiner Ansicht nach bei Beratung der Seminarvorlage keine wesentlich neuen Momente von der Regierung im Plenum angeführt seien.

Minister **Ruhstrat II**: Seiner Ueberzeugung nach seien die Angaben des Ausschusses nach den Darlegungen des Reg.-Kommissars v. Finckh zu Boden gefallen. Die Regierung habe erklärt, es seien 12 Stellen unbesetzt. Der Abg. Heitmann sage trotzdem, es seien 24 Stellen unbesetzt. Ja, glaube man denn, daß die Regierung hier absichtlich falsche Angaben mache. Die Regierung werde vom Oberschulkollegium informiert, wie solle das Oberschulkollegium dazu kommen, die Regierung nicht wahrheitsgemäß zu unterrichten? Er müsse entschieden dagegen protestieren, daß die von der Regierung auf Anfragen des Ausschusses erteilten Auskünfte derart in Zweifel gezogen würden.

Gesetzlich sei bestimmt, daß bei einer Schülerzahl von 100 die Klasse geteilt werden müsse. Aber die Oberschulkollegien seien befugt, auch bei einer geringeren Zahl die Teilung vorzunehmen. Gewöhnlich geschehe es, wenn die Schülerzahl die 80 erreicht habe. Gewiß sei es wünschenswert, noch weiter herunterzugehen. Aber man dürfe nicht vergessen, was für enorme Kosten allein schon durch die dann nötig werdenden Neubauten entstehen würden, zu denen der Staat auch einen großen Teil beitragen müsse. Auch hier werde man selbstverständlich fortschreiten, aber es werde nur langsam gehen können.

Natürlich habe man augenblicklich Mangel an Lehrern. Aber einen dauernden Lehrermangel erkenne er nicht an. Dem wachsenden Bedarf könne demnächst durch eine Erweiterung des Seminars Rechnung getragen werden. Bei der Frage des Hausankaufs in der Georgstraße sei aber ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß man zunächst nur zwecks Herabminderung der Schülerzahl in die Seminarclassen und zwecks Aufnahme der Cutiner Parallelclassen einzurichten gedenke. Die Zahl von 35 Schülern in einer Klasse sei, wie schon vor 20 Jahren der frühere Direktor Ostermann betont habe, unzulässig hoch.

Abg. **Quatmann**: Er verkenne nicht die Härte, die darin liege, daß es den Schulächten nicht gestattet sei, auswärtige Kräfte zu engagieren. Aber er habe die Tendenz, daß die Anstellung von Lehrern den Behörden überlassen bleiben müsse. Daß vorübergehend ein Lehrermangel eintreten würde, sei vorauszusehen gewesen. Er habe schon früher angeführt, man solle mit der Aufnahme von Seminaristen nicht allzu ängstlich sein. 80 Kinder in einer Klasse seien jedenfalls zu viel, aber es sei auch nicht nötig, auf 40 oder 50 herunterzugehen. Der Revers habe doch seine Berechtigung. Es sei nur billig, daß ein junger Mann, der seine ganze Ausbildung vom Staat bekomme, auch dafür dem Staate gegenüber Verpflichtungen übernehme.

Abg. **Grape**: Er müsse dem Abg. Quatmann gegenüber erwidern, daß der Staat die Lehrer keineswegs umsonst ausbilde. Er könne Beispiele dafür anführen, daß in höheren Lehranstalten auf den einzelnen oft mehr Ausgaben kämen als im Seminar, tatsächlich stelle sich der staatliche Zuschuß für einen Schüler auf der Landwirtschaftsschule in Barel viel höher als für einen Seminaristen. Er bitte, dergleichen nicht zu wiederholen. Zudem tue der Staat, wenn er einen Teil der Kosten auf sich nehme, dies nicht der Lehrer sondern seinetwegen.

Der Regierungsvertreter habe gesagt, der Lehrermangel sei vorübergehend; er wolle, er wäre so. Schon seit 20 Jahren habe er das Lied gehört. Die Regierung solle sich doch nicht immer in dieser Frage drängen und schieben lassen.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen ist, wird die Beratung geschlossen.

Es erhält das Wort

Abg. **Quatmann** zur Berichtigung eines tatsächlichen Mißverständnisses und erklärt, er habe nur gesagt, daß die Ausbildung der Lehrer in einzelnen Fällen auf Kosten des Staates geschehe.

Abg. **Grape** (zur Ber. e. tats. Mißv.): Dann sei es etwas anderes; er habe verstanden, als ob der Abg. Quatmann es allgemein gesagt habe.

Das Schlußwort erhält

Berichterstatter Abg. **Koch**: Er müsse sich gegen die Behauptung der Regierung wenden, daß im allgemeinen ein Lehrermangel nicht vorhanden sei. Seit Jahren bemühten sie sich in Delmenhorst um weitere Lehrkräfte, nicht eine könnten sie bekommen. Er sei bereit, diese Fälle zu vermehren. Wenn es in Delmenhorst so sei, werde es anderswo ähnlich sein. Das bedeute nicht, daß die Regierung

hier absichtlich falsche Angaben mache; wenn das Oberschulkollegium dem Ministerium mitteile, es sei Mangel nur an 12 Lehrern, so denke es dabei lediglich an die vorhandenen nicht besetzten Klassen und nicht daran, wieviel neue Klassen wegen des Mangels an Lehrkräften nicht eingerichtet werden könnten. Weitere Ausführungen könne er sich jetzt ersparen; er bitte die Regierung, die Frage eingehend zu prüfen und sich der Erkenntnis, daß tatsächlich ein Mangel vorliege, nicht zu verschließen.

Das Wort erhält zur Motivierung seiner Abstimmung Abg. **Ahlhorn** (Osternburg): Die Regierung habe ihn nicht überzeugt; er glaube, sie befinde sich selbst im Irrtum. Der Regierungskommissar habe von der unerwarteten Zahl der aus dem Dienst Ausgeschiedenen gesprochen; man könne aber doch wohl ungefähr voraussehen, welche Lehrer demnächst in den Ruhestand treten würden. Die Angaben der Regierung bezüglich der Seminaristen, die zum Militär gingen, seien nicht richtig. Von den 28 jetzt abgehenden gingen nur 3 zum Militär. Im übrigen käme es häufig vor, daß 80% der Abgehenden militärpflichtig seien; das sei nichts Außergewöhnliches.

Abg. **Schulz** (zur Motivierung seiner Abstimmung): Er bedaure, daß der Ausschuß nicht einen bestimmten Antrag zur Hebung des Lehrermangels gestellt habe. Er sei nicht so optimistisch, zu glauben, daß der Lehrermangel in absehbarer Zeit gehoben sei. Wolle man diesen endlich einmal beseitigen, dann gebe es nur zwei Radikalmittel, wie sie auch die Petition des Gebietsvereins wünche: 1. durch bessere Bezahlung der Lehrer, 2. durch Anstellung auswärtiger Lehrer.

Beide Anträge des Ausschusses:

1. Der Landtag wolle die Regierung ersuchen, dem Landtage in seiner nächsten Versammlung eine Statistik darüber herzugeben, wie viele Volksschulclassen im Bezirke des evangelischen Oberschulkollegiums vorhanden sind, von wie vielen Kindern die Klasse besucht wird und wie viele Lehrer und Lehrerinnen für diese Klasse vorhanden sind;
 2. der Landtag wolle die Petition Kerrel und Genossen ablehnen,
- werden zur Abstimmung gestellt und angenommen.

VIII. Mündlicher Bericht der Mehr- und Minderheit des Verwaltungsausschusses B über den selbständigen Antrag des Abg. Frhrn. v. Hammerstein, betr. Aenderung des Gesetzes vom 21. Juli 1868 über die Wahl der Abgeordneten zum Landtag.

Das Wort erhält der Berichterstatter der Minderheit,

Abg. **Seitmann**: Die Minderheit des Ausschusses gehe von dem Gesichtspunkte aus, daß bei Schaffung des Wahlgesetzes die Zunahme der Bevölkerung nicht berücksichtigt worden sei. In einzelnen Wahlbezirken müßten schon jetzt über 54 Wahlmänner gewählt werden. Die Zahl der Abgeordneten und Wahlmänner könne aber noch weiter steigen. Anstatt 54 könnten 60, 70 oder 80 gewählt werden müssen. Kein Wähler sei dann mehr in der Lage, seine Wahlmänner genauer kennen zu lernen, und

diese sollten doch Männer des Vertrauens des Volkes sein. Eine Trennung der Bezirke sei deshalb nötig; er bitte um Annahme des Minderheitsantrages.

Abg. Althorn (Osternburg) als Berichterstatter der Mehrheit: Die Mehrheit begründe ihren ablehnenden Standpunkt zum Teil damit, daß man die Folgen der Anträge nicht übersehen könne; auch bedeuteten die Anträge nur ein Flickwerk; wenn man einmal das Wahlgesetz ändern wolle, dann solle man es gründlich ändern. Nach Art. 2 des Gesetzes von 1848 bilde jede Gemeinde einen Urwahlbezirk. Teile man größere Gemeinden in mehrere Bezirke, so werde die Wahlbeteiligung vielleicht stärker; das sei gewiß ein Vorteil. Aber diesem Vorteil stehe der Nachteil gegenüber, daß bei jeder Aenderung der Gemeindecinteilung in Rotten — in den Städten — und Bauernschaften — auf dem Lande — auch die Wahlbezirke geändert werden müßten, also eine Gesetzesänderung nötig sei. Auch würde bei der Volkszählung darauf Rücksicht genommen werden müssen, wieviel Einwohner die einzelnen Bezirke hätten. Diese Erwägungen veranlaßten in erster Linie den Ausschuß, den 1. Antrag abzulehnen.

Gewiß sei es ferner eine Unbequemlichkeit, wenn man 50 Wahlmänner wählen müsse. Aber den Wählern werde die Sache durch gedruckte Zettel, in denen sie Namen nach Belieben durchstreichen und nachfügen könnten, sehr leicht gemacht. Für die Teilung der Wahlbezirke, sobald die Anzahl der zu wählenden Abgeordneten 4 übersteige, liege keine Veranlassung vor. Die Wahlmänner könnten ebenso gut 6, 7 oder 8 Abgeordnete wählen, als 4. Uebrigens müßten auch nur in Delmenhorst und Oldenburg mehr als 4 Abgeordnete gewählt werden. Es handle sich offenbar nur um Wünsche lokaler Natur, die für das ganze Land kein Interesse hätten.

Er befürchte auch, daß durch die Trennung der Bezirke Stadt und Land getrennt würden. Man müsse aber vielmehr darnach streben, daß Stadt und Land sich ausgleichen und daß die Gegensätze zwischen Stadt und Land nicht noch mehr verschärft würden zum Schaden der Gesamtheit. Auch im Wahlkreise Delmenhorst hätten sich Stadt und Land früher gut vertragen. Jetzt sei es leider anders geworden, doch hoffe er, daß es auch dort bald wieder besser werde.

Wenn man etwas am Wahlrecht ändern wolle, solle man alles ändern; auf alle Einzelwünsche könne man nicht eingehen. Im übrigen scheine ihm die Begeisterung für das allgemeine direkte Wahlrecht schon etwas erloschen zu sein, wenn man jetzt mit derartigen bescheidenen Aenderungsvorschlägen komme.

Abg. Seitmann: Der Abg. Althorn habe gesagt, wenn man am Wahlrecht ändern wolle, dann solle man es gleich gründlich tun; das sei richtig. Vor allem solle man

die direkte Wahl einführen. Wenn die Forderung jetzt nicht ausdrücklich mit erhoben sei, so liege das daran, daß der Antrag von dem Abg. v. Hammerstein herrühre. Die Begeisterung für die direkte Wahl sei keineswegs erloschen; die Forderung werde immer wiederkehren. Wenn man aber zunächst die bedeutendsten Mängel beseitige, so seien damit doch weitere Aenderungen nicht abgeschnitten. Er bitte deshalb, den Antrag der Minderheit anzunehmen.

Die Beratung wird geschlossen. Zur Abstimmung gelangt zunächst der Antrag der Mehrheit des Ausschusses:

Der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Abgeordneten v. Hammerstein ablehnen.

Derselbe wird angenommen. Damit ist der Antrag der Minderheit gefallen.

Der **Präsident** schließt sodann die Öffentlichkeit der Sitzung aus.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit erhält das Wort zur Geschäftsordnung

Abg. Feldhus: Er weise auf die sich immer wiederholende schlechte Luft im SitzungsSaale hin und glaube, daß es doch wohl Sachverständige geben werde, die in der Lage seien, eine gangbare Ventilationsvorrichtung anzubringen. Bei längeren Sitzungen sei im Saal eine förmliche Stielluft. Auch der Teppich sei in 10 Jahren nicht mehr aufgenommen und gereinigt worden. Unter demselben sehe es fürchterlich aus. Ein Herausnehmen und Reinigen würde derselbe aber wohl nicht mehr vertragen können, aber dann müsse er eben erneuert werden. Eventl. würde ja in Delmenhorst noch Linolium fabriziert.

Präsident Groß: Unsere Arbeiten, m. H., sind mit dieser Sitzung beendet. In dieser Session sind 6 Gesetze erledigt, 4 ganz und 2 vorberaten, ferner 34 Vorlagen, 37 Petitionen und 6 selbständige Anträge behandelt worden. Ich bitte den Herrn Regierungsvertreter um die Mitteilung, wann die Schließung des Landtags erfolgen wird.

Minister **Willich**, Exc.: Nachdem der Landtag seine Arbeiten beendete, erkläre er im Auftrage Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs den Landtag für geschlossen.

Präsident Groß: M. H.! Lassen Sie uns mit dem Ausdruck der Treue, mit welchem wir unsere Arbeiten begonnen haben, dieselben beschließen. Se. Königl. Hoheit der Großherzog und das Großherzogliche Haus sie leben hoch, hoch, hoch!

Das Haus hat sich erhoben und stimmt lebhaft ein.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Der Berichterstatter:

Willms.